



REPUBLIK ÖSTERREICH
Personalvertretungsaufsichtsbehörde
beim Bundesministerium für Kunst, Kultur
öffentlichen Dienst und Sport

Hohenstaufengasse 3, 1010 Wien
E-MAIL • PVAB@BMKOES.GV.AT
TELEFON • 01/71606/667109
TELEFAX • 01/71344/047109

V 1-PVAB/20

Bericht
der Personalvertretungsaufsichtsbehörde
über ihre Tätigkeit und ihre Wahrnehmungen
im Jahr 2019

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	Seite 4
<i>Allgemeines</i>	Seite 4
<i>Aktuelle Zusammensetzung der PVAB</i>	Seite 5
2. Rechtsgrundlage des Berichts	Seite 6
3. Tätigkeitsstatistik	Seite 7
<i>Anträge nach § 41 Abs. 1 PVG</i>	Seite 8
<i>Beschwerden nach § 41 Abs. 4 PVG</i>	Seite 9
<i>Gutachten nach § 10 Abs. 7 PVG</i>	Seite 9
4. Zur Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung der PV-Organen:	Seite 10
<i>Anträge auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von PV-Organen:</i>	Seite 10
<i>Verteilung der aufsichtsbehördlichen Verfahren auf die Bundesministerien:</i>	Seite 10
5. Zur Einhaltung des PVG durch Organe des des Dienstgebers:	Seite 11
<i>Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch Organe des Dienstgebers:</i>	Seite 11
<i>Verteilung der Beschwerdeprüfungsverfahren auf die Bundesministerien:</i>	Seite 12
6. Veröffentlichung der Entscheidungen der PVAB:	Seite 12

1. Einleitung

Die Personalvertretungsaufsichtsbehörde (PVAB) erstattet durch ihre Mitglieder Dr.ⁱⁿ Eva-Elisabeth SZYMANSKI als Vorsitzende sowie Dr.ⁱⁿ Anita PLEYER als Vertreterin des Dienstgebers und Mag. Walter HIRSCH als Vertreter der Dienstnehmer/innen dem Herrn Vizekanzler und Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport Mag. Werner KOGLER Bericht gemäß § 41f des Bundes-Personalvertretungsgesetzes, BGBl. Nr. 133/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2019.

Allgemeines

Die Personalvertretungsaufsichtsbehörde (PVAB), deren Mitglieder weisungsfrei sind und die beim Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) eingerichtet ist, ist für die Aufsicht über die Personalvertretung zuständig. Sie wird auf Antrag tätig, wenn die Verletzung von Rechten durch gesetzwidrige Geschäftsführung eines Personalvertretungsorgans behauptet wird, oder hat deren Gesetzmäßigkeit von Amts wegen zu überprüfen.¹⁾ Für diese Verfahren gilt das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG). Behauptet eine Partei des Verfahrens, durch den Bescheid in ihren subjektiven Rechten verletzt zu sein, kann gegen Bescheide der PVAB wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) erhoben werden. Das BVwG kann von den Parteien des Verfahrens auch wegen Verletzung der Entscheidungspflicht durch die PVAB angerufen werden.

Die PVAB hat nicht nur ihr eigenes Verfahren zu führen, sondern auch das Vorverfahren des Beschwerdeverfahrens vor dem BVwG abzuwickeln (wie beispielsweise Aberkennung der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde, Beurteilung der Zulässigkeit und Rechtzeitigkeit einer Beschwerde gegen eine solche Aberkennung, allfällige Beschwerdevereentscheidung, Beurteilung der Zulässigkeit des Vorlageantrags sowie Vorlage an das BVwG und Information der Parteien über die Beschwerde). Im Verfahren vor dem BVwG ist auch die PVAB Partei.

Gegen Erkenntnisse des BVwG ist die Revision an den Verwaltungsgerichtshof (VwGH) zulässig, wenn davon die Lösung einer grundsätzlichen Rechtsfrage abhängt, insbesondere weil das Erkenntnis von der Rechtsprechung des VwGH abweicht, eine solche Rechtsprechung fehlt oder die zu lösende Rechtsfrage in der bisherigen Rechtsprechung des VwGH nicht einheitlich beantwortet wurde. Die PVAB hat als Partei auch im Verfahren vor dem VwGH mitzuwirken und kann auch selbst Revision

¹⁾ § 41 Abs. 1 PVG

gegen Erkenntnisse des BVwG erheben. Hat die PVAB nicht selbst Revision erhoben, hat sie dennoch Parteistellung im Verfahren vor dem VwGH.

Die PVAB hat auch Beschwerden von Personalvertretungsorganen über die Verletzung von Bestimmungen des PVG durch ein Organ des Dienstgebers im vorangegangenen Jahr zu prüfen.²⁾

Schließlich ist die PVAB für die Erstellung von Gutachten³⁾ zuständig, sofern zwischen den zuständigen Organen der Zentralstelle und dem zuständigen Zentralausschuss kein Einvernehmen über eine bestimmte vom Dienstgeber beabsichtigte Maßnahme erzielt werden kann. Es entscheidet dann zwar der/die Ressortleiter/in, jedoch ist davor mit dem Zentralausschuss persönlich darüber zu beraten und auf dessen Verlangen ein Gutachten der PVAB zur Streitfrage einzuholen. Das Gutachten hat die PVAB innerhalb von vier Wochen zu erstatten.

Auf die Behandlung von Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch den Dienstgeber (§ 41 Abs. 4 PVG) und auf die Erstattung von Gutachten an eine Ressortleitung (§ 10 Abs. 7 PVG) ist das AVG nicht anzuwenden. Die PVAB entscheidet in diesen Fällen endgültig, der Rechtszug an BVwG bzw. VwGH ist ausgeschlossen.

Die PVAB besteht aus einer/einem rechtskundigen Vorsitzenden und einer/einem rechtskundigen Bundesbediensteten des Aktivstands als Vertretung des Dienstgebers und einer/einem rechtskundigen Bundesbediensteten des Aktivstands als Vertretung der Dienstnehmer/innen. Für jedes Mitglied sind zwei Ersatzmitglieder zu bestellen. Alle Mitglieder der PVAB sind in Ausübung ihres Amtes weisungsfrei.

Aktuelle Zusammensetzung der PVAB

Vorsitz

Sektionschefin i.R. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Eva-Elisabeth SZYMANSKI, Vorsitzende
Senatspräsident des VwGH i.R. Dr. Josef GERM, 1. Stellvertreter
Ministerialrat i.R. Dr. Helmut GÜNTHER, 2. Stellvertreter

Dienstgebervertreter/in

MRⁱⁿ Drⁱⁿ Anita PLEYER (BMKÖS), Mitglied
MR Dr. Wilhelm SANDRISSER (BMI), 1. Stellvertreter
SC Mag. Christian WEISSENBURGER (BMK), 2. Stellvertreter

Dienstnehmer/innenvertreter

MR Mag. Walter HIRSCH (BMLV), Mitglied

²⁾ § 41 Abs. 4 PVG

³⁾ § 10 Abs. 7 PVG

MR Dr. Wolfgang SETZER (BMI), 1. Stellvertreter

HR Dr. Gerhard SCHWABL (LPD Wien), 2. Stellvertreter

Die Bestellung der aktuellen Mitglieder der PVAB erfolgte mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2019 für eine Tätigkeitsdauer von fünf Jahren (2. Funktionsperiode der PVAB).

Die Kanzleigeschäfte der PVAB und die Geschäftsführung für die administrativen Angelegenheiten der PVAB werden vom BMKÖS (Abteilung III/A/1) wahrgenommen.

2. Rechtsgrundlage des Berichts

Berichte ⁴⁾

§ 41f. Die Aufsichtsbehörde hat zu Jahresbeginn der Bundesministerin oder dem Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport ⁵⁾ Bericht über ihre Tätigkeit und ihre Wahrnehmungen im vorangegangenen Jahr betreffend

1. die Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung der Organe der Personalvertretung und
2. die Einhaltung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes durch die Organe des Dienstgebers

zu erstatten. Dieser Bericht ist von der Bundesministerin oder dem Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport im Wege der Bundesregierung dem Nationalrat vorzulegen.“

Zu den Berichten über die Tätigkeit und die Wahrnehmungen der Personalvertretungsaufsicht ist darauf hinzuweisen, dass mit der Schaffung der PVAB nichts an den inhaltlichen Rechtsgrundlagen im PVG geändert wurde.

So ist zwar das AVG auf die Erstellung von Gutachten iSd § 10 Abs. 7 PVG, die auf Verlangen des Zentralausschusses bei Nichteinigung mit der Ressortleitung von der/dem Bundesminister/in bei der Personalvertretungsaufsicht eingeholt werden müssen, sowie auf die Prüfung von Beschwerden von Personalvertretungsorganen iSd § 41 Abs. 4 PVG wegen Verletzung von Bestimmungen des PVG durch ein Organ des Dienstgebers seit 1. Jänner 2014 nicht mehr anzuwenden, doch wurden durch diese rein formalen Änderungen der Verfahrensvorschriften die materiellen Inhalte des PVG nicht beeinflusst.

Unverändert gelten daher die Regelungen im PVG, nach denen die Personalvertretungsorgane ihre Geschäftsführung im Sinne des Gesetzes ordnungsgemäß abzuwickeln haben. Ebenso unverändert sind auch die Bundesminister/innen und die ihnen unterstellten zuständigen Organe des Dienstgebers weiterhin an die sie betreffenden Vorschriften des PVG gebunden. Daraus folgt, dass – wie auch vom

⁴⁾ Novelle zum Bundes-Personalvertretungsgesetz (PVG) BGBl. I Nr. 82/2013

⁵⁾ Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (Bundesministerienengesetz 1986 - BMG, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 8/2020.

BVwG bereits festgestellt - die bisherige Judikatur der PVAK weiterhin auch von Bedeutung für die Rechtsprechung der PVAB ist.

3. Tätigkeitsstatistik

	2018	2019
Zahl der eingelangten Fälle insgesamt:	27	64
Zahl erledigter Fälle insgesamt: ⁶⁾	26	59
Anträge (§ 41 Abs. 1 PVG)	22	42
Zahl der Erledigungen:⁷⁾	19	44
davon Bescheide:	17	43
Verfahrensdauer: ⁸⁾		
<i>Durchschnittliche Verfahrensdauer:</i>	66	59
<i>Höchstdauer:</i>	181	110
<i>Mindestdauer:</i>	11	6
Beschwerden (§ 41 Abs. 4 PVG) ⁹⁾	4	9
Zahl der Erledigungen	6	5
Verfahrensdauer ⁸⁾		
<i>Durchschnittliche Verfahrensdauer:</i>	58	49
<i>Höchstdauer:</i>	65	75
<i>Mindestdauer:</i>	48	4
Gutachten (§ 10 Abs. 7 PVG)	1	4
Zahl der Erledigungen	1	4
Verfahrensdauer ⁸⁾		
<i>Durchschnittliche Verfahrensdauer:</i>	12	6
<i>Höchstdauer:</i>	12	6
<i>Mindestdauer:</i>	12	6
Beschwerden an das BVwG:	5	12
Entscheidungen des BVwG, davon:	2	7
<i>Zurückweisung:</i>	0	1
<i>Abweisung:</i>	2	3
<i>Stattgebung:</i>	0	3

⁶⁾ Inklusive Tätigkeitsbericht 2018 der PVAB und der noch offenen Fälle aus 2018 sowie 2 Revisionsanträgen, 1 Revisionsbeantwortung an den VwGH und 3 Erledigungen im Verwaltungsbereich, aber exklusive der Teilnahme an 3 mehrstündigen mündlichen Verhandlungen beim BVwG.

⁷⁾ Inklusive 9 offener Fälle aus 2018.

⁸⁾ In Kalendertagen.

⁹⁾ Auf diese Verfahren ist das AVG nicht anzuwenden.

Revisionsanträge an den VwGH:	0	3
Entscheidungen des VwGH, davon:	0	0
<i>Zurückweisung:</i>	0	0
<i>Abweisung:</i>	0	0
<i>Stattgebung:</i>	0	0
Beschwerden an den VfGH:	0	0
Entscheidungen des VfGH, davon:	0	0
<i>Ablehnung der Behandlung:</i>	0	0
<i>Zurückweisung:</i>	0	0
<i>Abweisung:</i>	0	0
<i>Stattgebung:</i>	0	0

Die PVAB hat im **Jahr 2019** insgesamt **59 (26)**¹⁰⁾ Fälle erledigt (inklusive ihres Tätigkeitsberichtes für das Jahr 2018 und der offenen Verfahren aus 2018 sowie 2 Revisionsanträgen, 1 Revisionsbeantwortung an den VwGH und 3 Erledigungen im Verwaltungsbereich), jedoch exklusive der Teilnahme an 3 mehrstündigen mündlichen Verhandlungen beim BVwG).

Anträge nach § 41 Abs. 1 PVG

Im **Berichtsjahr 2019** wurden **42 (22)** **Anträge nach § 41 Abs. 1 PVG** auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von Personalvertretungsorganen bei der PVAB eingebracht, wovon **34 (16)** Verfahren noch im Berichtsjahr erledigt werden konnten. Zusätzlich wurden **9 (3)** noch offene Verfahren aus dem Vorjahr abgeschlossen.

In diesen aufsichtsbehördlichen Verwaltungsverfahren, auf die das AVG anzuwenden ist, wurden im Berichtsjahr **43 (17)** **Bescheide** erlassen. Die Zahl der **Beschwerden an das BVwG** gegen Entscheidungen der PVAB blieb auch im Jahr 2019 weiterhin hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Zu den im Berichtsjahr von der PVAB erlassenen **43 (17)** Bescheiden wurde in **12 (5)** **Fällen** – also gegen weniger als ein Viertel der erlassenen Bescheide - Beschwerde an das BVwG erhoben.

Die bis Ende 2019 eingelangten **7 (2)** **Erkenntnisse des BVwG** haben in **1 Fall** die Beschwerde **zurückgewiesen**, in **3 Fällen** die Entscheidungen der PVAB **bestätigt** und in **3 Fällen** der Beschwerde **stattgegeben**. In **1 Fall** wurde die ordentliche Revision an den VwGH vom BVwG zugelassen. In **2 Fällen**, in denen die Entscheidung der PVAB aufgehoben wurde, hat die PVAB wegen inhaltlicher Rechtswidrigkeit Revision an den VwGH erhoben. Zu einem Revisionsverfahren betreffend eine Entscheidung der PVAB, die vom BVwG bestätigt wurde, wurde dem VwGH eine Revisionsbeantwortung erstattet.

¹⁰⁾ In Klammer angeführt jeweils die Zahlen des Vorjahres.

Somit wurden die aufsichtsbehördlichen Entscheidungen der PVAB bis auf **3 Fälle** (von insgesamt **25 BVwG-Erkenntnissen**) bestätigt, wobei **2 Fälle** davon wegen der Revision der PVAB **noch nicht** endgültig **abgeschlossen** sind.

Der VfGH wurde auch **2019** in **keinem** einzigen Fall angerufen.

Die durchschnittliche **Verfahrensdauer** der im Jahr **2019** abgeschlossenen Verfahren betrug **59 (66) Kalendertage**, das längste dieser Verfahren nahm **110 (181) Kalendertage** in Anspruch, die kürzeste Verfahrensdauer betrug **6 (11) Kalendertage**. Die Dauer der aufsichtsbehördlichen Verwaltungsverfahren **2019** ist somit gegenüber 2018 etwas gesunken und liegt weiterhin deutlich unter der Verfahrensdauer des Jahres **2013** ¹¹⁾, in dem die durchschnittliche Verfahrensdauer **199,5 Kalendertage**, die längste **535 Kalendertage** und die kürzeste **81 Kalendertage** betrug. ¹² Im Jahr 2014, dem ersten Jahr der Tätigkeit der neuen PVAB, betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer **135,79 Kalendertage**, die längste **312 Kalendertage** und die kürzeste **12 Kalendertage**. ¹³

Beschwerden nach § 41 Abs. 4 PVG

Im **Berichtsjahr 2019** wurden **9 (4)** ¹⁴⁾ **Beschwerden nach § 41 Abs. 4 PVG** ¹⁵⁾ wegen behaupteter Verletzung des PVG durch ein Organ des Dienstgebers im vorangegangenen Jahr bei der PVAB eingebracht, von denen **4 (3)** noch im Berichtsjahr erledigt werden konnten. Zusätzlich war **1 (3)** offene/r Beschwerdefall(fälle) aus dem Vorjahr zu erledigen. Im Berichtsjahr 2019 verabschiedete die PVAB **5 (6) Prüfungsergebnisse** zu Beschwerden gegen Organe des Dienstgebers.

Die durchschnittliche Dauer der im Jahr 2019 abgeschlossenen Beschwerdeprüfungsverfahren wegen Verletzung des PVG durch ein Organ des Dienstgebers betrug **49 (58) Kalendertage**, die längste nahm **75 (65) Tage** in Anspruch, die kürzeste betrug **4 (53) Tage**.

Gutachten nach § 10 Abs. 7 PVG

Im **Berichtsjahr 2019** wurden **4 (1) Gutachten** der PVAB **gemäß § 10 Abs. 7 PVG** ¹⁶⁾ eingeholt. Die Erledigungsdauer der **2019** erstellten **4 (1) Gutachten** der PVAB betrug

¹¹⁾ Personalvertretungs-Aufsichtskommission (PVAK)

¹²⁾ Gilt auch für Beschwerden nach § 41 Abs. 4 und 5 PVG.

¹³⁾ Gilt auch für Beschwerden nach § 41 Abs. 4 und 5 PVG.

¹⁴⁾ In Klammer angeführt jeweils die Zahlen des Vorjahres.

¹⁵⁾ Auf die Prüfung von Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch ein Organ des Dienstgebers ist das AVG nicht anzuwenden.

¹⁶⁾ § 10 Abs. 7 PVG.

je **6 (12)** Kalendertage. Somit wurde auch im Berichtsjahr 2019 die vom PVG für Gutachten der PVAB vorgegebene Erledigungsdauer von höchstens **28 Kalendertagen** (maximal vier Wochen) nicht einmal annähernd ausgeschöpft.

4. Zur Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung der PV-Organen

	2018	2019
Anträge auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von PV-Organen:	22	42
Abgeschlossene Verfahren: ¹⁷⁾	19	44
Einstellungen ¹⁸⁾	2	1
Bescheide:	17	43
Zurückweisung: ¹⁹⁾	1	12
Abweisung:	3	16
Stattgebung:	11	15

2019 ergab die Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von Personalvertretungsorganen in nur **15 von 43 Fällen (34,88%)** deren Gesetzwidrigkeit, **2018** war das in **11 von 19 Fällen (57,89%)** der Fall.

	2018	2019
Verteilung der abgeschlossenen aufsichtsbehördlichen Verfahren auf die Bundesministerien ²⁰⁾	19	44
<i>Justiz (BMJ):</i>	2	15
<i>Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF):</i>	11	11
<i>Landesverteidigung (BMLV):</i>	4	9
<i>Inneres (BMI):</i>	1	8
<i>Finanzen (BMF):</i>	0	1

¹⁷⁾ Eingerechnet 9 offene Verfahren aus 2018.

¹⁸⁾ Beispielsweise wegen Rückziehung des Antrags.

¹⁹⁾ Beispielsweise wegen Unzuständigkeit der PVAB oder fehlender Antragslegitimation.

²⁰⁾ Die Bezeichnung der Bundesministerien entspricht dem Bundesministeriengesetz 1986 – BMG, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 8/2020.

Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK):	1	0
--------------------------------------------------------------	---	---

Im **Berichtsjahr 2019** bezogen sich **15 Fälle** der insgesamt **44 abgeschlossenen Verfahren** auf Dienststellen im Bereich des BMJ, **11 Fälle** auf Dienststellen des BMBWF, **9 Fälle** auf Dienststellen des BMLV, **8 Fälle** auf Dienststellen des BMI und **1 Fall** auf eine Dienststelle im Bereich des BMF.

Im vorangegangenen **Berichtsjahr 2018** bezogen sich **11 Fälle** der insgesamt **19 abgeschlossenen Verfahren** auf Dienststellen (Unterrichtsanstalten) des BMBWF, **4 Fälle** auf Dienststellen des BMLV, **2 Fälle** auf Dienststellen im Bereich des BMJ und **je 1 Fall** auf je eine Dienststelle des BMSGPK und des BMI.

5. Zur Einhaltung des PVG durch Organe des Dienstgebers

	2018	2019
Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch Organe des Dienstgebers:	4	9
Abgeschlossene Verfahren:	6	5
<i>PVG-Verletzung:</i>	4	4
<i>Keine PVG-Verletzung:</i>	1	0
<i>Zurückweisung: ²¹⁾</i>	0	1
<i>Einstellung:</i>	1	0

2019 wurde in **4 Fällen (80%)** von insgesamt **5 Verfahren** eine Verletzung des PVG festgestellt. In **1 Fall (20%)** musste die Behandlung der Beschwerde aus formalen Gründen abgelehnt werden.

2018 wurde in **4 Fällen (66,7%)** von insgesamt **6 Verfahren** eine Verletzung des PVG festgestellt, in **1 Fall (16,7%)** die Beschwerde als unberechtigt verworfen und in **1 Fall (16,7%)** die Beschwerde zurückgezogen (Einstellung). 2018 musste in keinem

²¹⁾ Beispielsweise wegen Unzuständigkeit der PVAB oder fehlenden Beschwerdevoraussetzungen.

Prüfungsverfahren die Behandlung der Beschwerde aus formalen Gründen abgelehnt werden.

	2018	2019
Verteilung der Beschwerdeprüfungsverfahren auf die Bundesministerien: ²²⁾	6	5
<i>Landesverteidigung (BMLV):</i>	2	3
<i>Justiz (BMJ):</i>	4	2

2019 bezogen sich **3 Fälle (60%)** der insgesamt **5** abgeschlossenen Beschwerdeprüfungsverfahren auf das BMLV und **2 Fälle (40%)** auf den Justizbereich.

2018 bezogen sich **4 Fälle (66,7%)** der insgesamt **6** abgeschlossenen Beschwerdeprüfungsverfahren auf den Justizbereich und **2 Fälle (33,3%)** auf das BMLV.

6. Veröffentlichung der Entscheidungen der PVAB

Gemäß § 41e PVG hat der Vorsitz der PVAB rechtskräftige Bescheide, Beschlüsse, die nicht bloß verfahrensleitend sind, und Ergebnisse von Prüfungen gemäß § 41 Abs. 4 PVG in anonymisierter Form im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) zu veröffentlichen. Bislang wurden die Rechtssätze bzw. Entscheidungstexte der rechtskräftigen Bescheide ²³⁾ und verbindlichen Prüfungsergebnisse ²⁴⁾ sowie jener Gutachten, deren Anonymisierung möglich war, ausnahmslos ihrer Veröffentlichung im RIS zugeführt.

Wien, am 13. Jänner 2020

Die Vorsitzende:

Sektionschefin i.R. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Eva-Elisabeth SZYMANSKI

²²⁾ Die Bezeichnung der Bundesministerien entspricht der Fassung des Bundesministeriengesetzes – BMG, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 8/2020.

²³⁾ § 41 Abs. 1 in Verbindung mit § 41c Abs. 1 PVG.

²⁴⁾ § 41 Abs. 4 in Verbindung mit § 41c Abs. 1 PVG.